

Stand: 20.04.2026 06:20:55

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/5321

"Tierschutzrecht durchsetzen, Nutztiertransporte in Drittstaaten sofort untersagen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/5321 vom 10.12.2019
2. Plenarprotokoll Nr. 36 vom 11.12.2019
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/6460 des UV vom 23.01.2020
4. Beschluss des Plenums 18/6626 vom 19.02.2020
5. Plenarprotokoll Nr. 41 vom 19.02.2020



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Paul Knoblach, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Christian Hierneis, Eva Lettenbauer, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig, Hans Urban, Christian Zwanziger** und Fraktion **(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Tierschutzrecht durchsetzen, Nutztiertransporte in Drittstaaten sofort untersagen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf nationaler und europäischer Ebene für einen sofortigen Stopp der Exporte von Zucht- und Schlachttieren in Drittstaaten einzusetzen, wenn

- der Transport von Nutztieren aus Bayern auf Routen erfolgt, die aufgrund mangelnder Infrastruktur die Einhaltung der VO (EG) 1/2005 des Rates vom 22.12.2004 über den Schutz von Tieren beim Transport und damit zusammenhängenden Vorgängen nicht ermöglichen oder
- der Transport von Nutztieren aus Bayern in Länder erfolgt, in denen europäische Tierschutzstandards bei der Haltung oder Schlachtung nicht eingehalten werden.

Die Staatsregierung wird zudem aufgefordert,

- die Kreisverwaltungsbehörden zu unterstützen und im Sinne des rechtskonformen Verhaltens zu beraten und zu bestärken, keine Transportgenehmigungen bei unklarer Rechtslage mehr auszustellen,
- sich auf nationaler Ebene dafür einzusetzen, dass deutschlandweit keine Exportgenehmigungen mehr von den Veterinärämtern für fragwürdige Länder ausgesprochen werden,
- bayerische Tiere aktiv zu schützen und bayerische Landwirtinnen und Landwirte vor Nachteilen gegenüber ihren Kolleginnen und Kollegen in anderen Bundesländern zu bewahren und auf andere Bundesländer einzuwirken, um den derzeitigen Export bayerischer Tiere in Drittstaaten über Umwege durch andere Bundesländer zu beenden,
- sich aktiv am Aufbau einer Datenbank für Nutztiertransporte zu beteiligen und
- aktiv auf die Einführung von Standards für Versorgungsstationen auf Langstreckentransporten hinzuwirken und diese mitzugestalten.

Begründung:

Europäisches Tierschutzrecht wird auf den Transportrouten in Drittländern oder im Zielland selbst oft nicht eingehalten, die bisherigen Verbote werden in der Praxis häufig umgangen und nicht eingehalten.

Aus der EU werden Schlacht- und Nutztiere in Drittstaaten wie beispielsweise Algerien, Usbekistan oder die Türkei exportiert. Bei Transport, Verladen und Schlachtung dieser

Tiere wurden von Journalisten und Tierschutzorganisationen immer wieder erhebliche Vergehen gegen den Tierschutz dokumentiert. Die Tiere werden nicht nach den gesetzlichen Mindeststandards transportiert. Es kommt zum Verenden von Tieren durch Stress, Zertrampeln, Erschöpfung oder Verdursten. In den Zielländern werden tierschutzwidrige Schlachtpraktiken durchgeführt, die zu Angst, unnötigen Schmerzen und Leiden der Tiere führen. Dazu gehören die betäubungslose Schlachtung, Ausstechen von Augen und Durchtrennen von Beinsehnen bei Bewusstsein der Tiere.

Der EuGH stellt in einem Urteil vom 23.04.2015 fest: Die in der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 festgelegten Anforderungen sind auch bei Transporten in Drittländer einzuhalten. Der Bericht einer Gruppe von Tierärztinnen über die Besichtigung von Entlade- und Versorgungsstationen gemäß der VO (EG) 1/2005 in der Russischen Föderation aus dem laufenden Jahr zeigt, dass die Versorgungsstationen auf der Route nach Usbekistan häufig nicht existieren, die Angaben über die Kapazität unplausibel sind oder dass die Versorgungsstationen in einem so desolaten Zustand sind, dass z. B. eine Tränkung der Tiere im Winter bei Frost nicht möglich ist.

Somit ist ein Transport von Nutztieren entlang dieser Route nicht rechtskonform.

Aktuell herrscht deutschlandweit keine einheitliche Auslegung des Rechts bei den Veterinärämtern. Der direkte Export von Rindern aus Bayern in 17 Drittstaaten ist seit März 2019 nicht oder nur unter strengen Auflagen möglich. Trotzdem werden Tiere über Umwege über andere Bundesländer und/oder andere EU-Länder dorthin exportiert. Aus Brandenburg wurden von Veterinärämtern im laufenden Jahr beispielsweise 39 Transporte nach Usbekistan genehmigt, obwohl nun dokumentiert ist, dass die von der EU vorgeschriebenen Mindeststandards der VO (EG) 01/2005 auf dieser Transportroute nicht eingehalten werden können. Über Umwege werden Tiere außerdem nach Nordafrika exportiert.

Bei der Genehmigung oder Durchführung eines Transports aus Deutschland machen sich die handelnden Personen strafbar, auch dann, wenn die Straftat im Ausland begangen wird. StGB § 9 Abs. 2 „[...] Hat der Teilnehmer an einer Auslandstat im Inland gehandelt, so gilt für die Teilnahme das deutsche Strafrecht, auch wenn die Tat nach dem Recht des Tatorts nicht mit Strafe bedroht ist.“

steuer rumzudoktern, halte ich nicht für sonderlich sinnig. Deshalb werden wir uns da enthalten.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Dr. Kaltenhauser. – Für die Bayerische Staatsregierung hat Herr Staatsminister Albert Füracker das Wort.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Herr Präsident, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Vorwurf der Frau Aures muss einfach klargestellt werden. Wir als Freistaat Bayern haben in Berlin am 8. November im Bundesrat einen gleichlautenden Antrag vorgelegt und haben im Bundesrat halt keine Mehrheit gefunden. Die CSU und die Bayerische Staatsregierung sprechen in München und in Berlin mit gleicher Zunge, Frau Aures. Das ist eine falsche Behauptung, die Sie aufgestellt haben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das ganze Thema ist jetzt im Vermittlungsausschuss. Nachdem ich den Freistaat Bayern dort vertreten darf, habe ich das dort am Montag so, wie wir das möchten, mit eingebracht. Jetzt müssen wir halt verhandeln. Die GRÜNEN im Bayerischen Landtag verhalten sich zu dem Antrag sehr offen und stimmen zu. Wenn die GRÜNEN im Vermittlungsausschuss, insbesondere der Herr Kretschmann, dem Ganzen Unterstützung gewähren, bin ich noch optimistischer, als ich bisher schon war, dass wir das dort so vermitteln können, dass zum Schluss die Intention des Antrags genau so umgesetzt werden kann. Insofern bin ich sehr optimistisch, freue mich über diesen Antrag, werde persönlich auch zustimmen und danke.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 18/5316 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FREIE WÄHLER, CSU und die AfD sowie die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Gegenstimmen! – Bei Gegenstimmen der SPD. Enthaltungen! – Bei Enthaltung der FDP. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/5317 bis 18/5322 sowie 18/5392 und 18/5394 werden in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss verwiesen.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zu dem Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Schulze, Hartmann, Bozoğlu und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Die Vereinigung der Verfolgten des Nazi-regimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten muss gemeinnützig bleiben – Beobachtung durch den Bayerischen Verfassungsschutz umgehend einstellen" auf Drucksache 18/5315 bekannt. Mit Ja haben 52 gestimmt. Mit Nein haben 122 gestimmt. Stimmenthaltungen: keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich die **Tagesordnungspunkte 12 und 13** auf:



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Paul Knoblach u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 18/5321

Tierschutzrecht durchsetzen, Nutztiertransporte in Drittstaaten sofort untersagen

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Paul Knoblach**
Mitberichterstatterin: **Barbara Becker**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 22. Sitzung am 23. Januar 2020 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Zustimmung
 - SPD: Zustimmung
 - FDP: ZustimmungAblehnung empfohlen.

Rosi Steinberger
Vorsitzende



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Paul Knoblach, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Christian Hierneis, Eva Lettenbauer, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig, Hans Urban, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 18/5321, 18/6460

Tierschutzrecht durchsetzen, Nutztiertransporte in Drittstaaten sofort untersagen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Thomas Gehring

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Von der Abstimmung ausgenommen sind die Nummern 8 und 19 der Anlage zur Tagesordnung. Es sind dies die Anträge der AfD-Fraktion betreffend "Fadenscheinige Klimasymbolpolitik beenden – "Bayerischen Klimarat" abschaffen" auf Drucksache 18/4955 und "Umsetzung des Volksbegehrens "Rettet die Bienen" und dessen Begleitgesetze" auf Drucksache 18/5612. Diese beiden Anträge werden am Schluss der heutigen Sitzung aufgerufen. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der AfD, der SPD und der FDP. Gegenstimmen! – Keine. Stimmenthaltungen? – Das sind die Kollegen Swoboda und Plenk (fraktionslos). Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
 oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Martina Fehlner SPD
 Bericht zur Strategie der Staatsregierung zur Pestizidminimierung
 Drs. 18/4575, 18/6451 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

2. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
 Christian Zwanziger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Mit Plan in die Zukunft: Konzept zum Tagestourismus im Alpenraum
 erarbeiten
 Drs. 18/4599, 18/6467 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
CO₂ als Rohstoff in eine Kreislaufwirtschaft einbinden –
CCU und CCS in Bayern ermöglichen
Drs. 18/4764, 18/6468 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u. a. AfD
Zukünftige Abhängigkeit des Freistaates von Stromimporten
Drs. 18/4842, 18/6464 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Ferdinand Mang u. a. AfD
Bericht der Staatsregierung über Elektroautos (E-Autos) in Bayern:
Entwicklungen, Erwartungen, Realisierbarkeit und Risiken
Drs. 18/4844, 18/6466 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Schnelle und unkomplizierte Hilfe bei Wohnungs- und Obdachlosigkeit
Drs. 18/4878, 18/6220 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Prof. Dr. Ingo Hahn, Christian Klingen u. a. AfD
Umsetzung des Volksbegehrens „Rettet die Bienen“ und dessen Begleitgesetze
Drs. 18/5612, 18/6455 (A)

der Antrag wird gesondert beraten

20. Antrag der Abgeordneten Martina Fehlner, Ruth Müller, Florian von Brunn u. a. SPD
Tierschutzskandal im Allgäu – warum nimmt das Leid kein Ende?
Drs. 18/5636, 18/6461 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Projektstage Alltagskompetenz in Eigenverantwortung der Schulen
Drs. 18/5651, 18/6458 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>